



Deutscher Präventionstag –
der Jahreskongress seit 1995

Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule

Helmolt Rademacher

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Demokratieförderung
Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages
20. und 21. Mai 2019 in Berlin
Forum Verlag Godesberg GmbH 2021, Seite 261-268

978-3-96410-006-1 (Printausgabe)
978-3-96410-007-8 (eBook)

Helmolt Rademacher

Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule

1. Aktuelle Herausforderungen

Unser aktuelles (politisches) Leben ist sehr stark durch die Globalisierung und Digitalisierung geprägt. Hinzu kommen die Flüchtlingsbewegungen, die Deutschland erfolgreich in den Jahren 2015 und 2016 bewältigt hat. Einher geht damit aber auch Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Populismus und Demokratiefeindlichkeit. Auch sind Phänomene wie Rechtsextremismus und salafistischer Extremismus virulent.

Die Digitalisierung hat zwei Seiten: einerseits bietet sie u.a. durch schnelle Informationsbeschaffung Chancen für die Bildung und andererseits gibt es negative Auswirkungen durch Hasssprache und Falschinformationen. Ferner werden Geflüchtete zum populistischen Thema gemacht und die Bereicherung im Sinne interkulturellen Lernens wird nicht in dem Maße wahrgenommen wie es sinnvoll wäre. Es ist für Lehrkräfte nicht leicht, auf all die neuen Herausforderungen angemessen zu reagieren.

2. Auswirkungen in der Schule

Die Digitalisierung mit ihren positiven aber auch ihren negativen Effekten findet ihren Niederschlag auch in der Schule, sei es durch die produktive Nutzung der neuen Medien, oder negativ durch Cyber-Mobbing.

Auch wenn Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund als Bereicherung erlebt werden, so gibt es aber auch interkulturelle Konflikte. So werden beispielsweise Phänomene wie konfrontative Religionsbezeugungen in der Grundschule („Wenn du kein Kopftuch trägst, dann kommst du in die Hölle“) wahrgenommen, die es in dieser Form früher nicht gab.

Auch wenn mit der Zurückdrängung des IS in Syrien das Phänomen des extremistischen Salafismus nicht mehr so virulent ist, so ist dennoch die Auseinandersetzung mit religiös extremistischen – und das

betrifft nicht nur den Islam – Positionen weiterhin notwendig. Aber es gibt auch den antimuslimischen Rassismus und den Antisemitismus, denen sich die Schulen stellen müssen.

Auch andere gesellschaftliche Phänomene wie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wirken in die Schule hinein, müssen beachtet, und in Schulen muss entsprechend darauf reagiert werden. Ausgrenzende Äußerungen von Schülerinnen und Schülern sind nicht zu dulden. In Berlin wurde hierzu bereits eine Antidiskriminierungsstelle für Schulen eingerichtet.

Besonders verwerflich sind die Internetplattformen der AfD, mit denen Schülerinnen und Schüler animiert werden, kritische Lehrkräfte zu denunzieren. Die Kultusministerkonferenz hat im Jahr 2018 diese Form der Denunziation deutlich verurteilt.

Auch wenn diese Internetplattform keine besonders große Akzeptanz findet, führt das dennoch zu Verunsicherungen auf Seiten der Lehrkräfte. Aus Furcht vor negativen Reaktionen gibt es bei ihnen eine Tendenz sich zurückzuhalten, anstatt Menschenrechtsverletzungen entschieden entgegen zu treten.

Etwas spät wurde bei Politikern erkannt, dass dem Demokratielernen eine wichtige Bedeutung zukommt. Beispielsweise wurde in Sachsen die Politische Bildung stark vernachlässigt. Nun möchte man das ausbügeln, aber es fehlt immer noch an genügenden Ressourcen, um die erheblichen Lücken aufzufüllen.

Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass Demokratielernen angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen nicht die Rolle spielt, die sie spielen müsste. Zwar wurde seitens des Bundes-Familienministeriums (BMFSFJ) ein großes Programm (Demokratie leben) mit über 120 Millionen € aufgelegt, aber es setzte weniger auf nachhaltige Strukturen sondern vielmehr auf Projekte. Ob sich dies in der kommenden Förderperiode 2020 – 2024 deutlich verändern wird, muss sich noch erweisen. Problematisch war, dass diese Gelder seitens des Ministeriums deutlich gekürzt werden sollten. Erst das Attentat auf die Synagoge in Halle führte zu einem Umdenken und die Gelder wurden vorerst nicht gekürzt.

Insbesondere die Kultusministerien in den einzelnen Bundesländern stellen keine langfristigen und damit nachhaltigen Strukturen bereit, um Fortbildungen und demokratische Schulentwicklung sicherzustellen.

len. Teilweise ist es schwierig in den Ländern Zuständige zu finden, die kontinuierlich und damit langfristig Ansprechperson für Demokratiepädagogik sind. Oder es sind nur Einzelpersonen und nicht Teams, die sich dem Thema verpflichtet fühlen.

Ausnahmen sind die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz wo es größere und kleinere Teams gibt, die bereits über einen längeren Zeitraum zusammenarbeiten.

Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müsste es beispielsweise idealerweise in allen Klassen einer Schule Klassenräte geben. Auch müsste sich jede Schule Gedanken dazu machen, wie sie Demokratiefeindlichkeit, die sich in unterschiedlichster Form zeigt, zum Thema machen kann und welche Maßnahmen sie ergreifen kann, um konstruktiv damit umzugehen.

3. Grundlagen

Oft fällt es Lehrkräften schwer in schwierigen Situationen, in denen es in der Schule zu menschenfeindlichen Äußerungen kommt, wo Diskriminierung erfolgt oder Kinder von Mitschülern zu bestimmten religiösen Überzeugungen gezwungen werden, adäquat zu reagieren. Ihnen fehlt oft ein Kompass mit dem sie sich orientieren können. Das führt dann zum Ignorieren, Schweigen oder einer Überreaktion.

Ein „Kompass“ kann sich durch rechtliche Bezugsgrößen wie die Menschenrechte (1948 verabschiedet), das Grundgesetz (1949) und die Kinderrechte (UN-KRK 1989/1992 in Deutschland ratifiziert und seit 2010 für alle Kinder in Deutschland gültig, auch solche, die keinen deutschen Pass haben) „entwickeln“.

Die Kinderrechte umfassen dabei vier Prinzipien: Gleichheit, Schutz, Förderung und Partizipation, d.h.

- Recht auf Schutz (körperliche und seelische Unversehrtheit, Privatautonomie)
- Recht nicht diskriminiert zu werden
- Recht auf Förderung und Bildung
- Recht auf Beteiligung (meint mehr als Verantwortungsübernahme, sondern es sind Gestaltungsrechte)

Im Sinne einer gelebten Demokratie hat pädagogisches Handeln immer einen klaren Menschenrechtsbezug. Kinder- und Menschenrechte sind damit der Bezugsrahmen für Aushandlungsprozesse, Entscheidungsfindung, Konfliktlösung und Regelbildung. Menschenrechtsbil-

ung umfasst damit drei Ebenen: Wissen über, Erfahren durch und Handeln für Kinder- und Menschenrechte. Sie sollten Bezugsrahmen der Schulentwicklung sein und explizit benannt werden.

Kinderrechte sind Teil von Demokratiepädagogik. Letzteres ist umfassender als politische Bildung, denn sie sieht es als Aufgabe an, dass in möglichst allen Lebensbereichen Demokratie gelebt wird. Insofern muss Demokratie als Lebensform, Gesellschaftsform und Herrschaftsform verstanden werden (Himmelmann).

In der Praxis bedeutet das, dass Partizipation in möglichst vielen Bereichen des Lebens in der Schule und in anderen pädagogischen Einrichtungen stattfinden sollte. Sie ist eine von drei wesentlichen Aspekten der Kinderrechte. Durch Selbst- und Mitbestimmung können sich Kinder und Jugendliche als autonom und kompetent erleben. Sie werden so auf ihre Rolle als Bürger in einer Demokratie vorbereitet, wenn es keinen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit gibt. Erwachsene müssen Demokratie vorleben, damit Kinder von Demokratie überzeugt werden, das ist eine Frage der Haltung. Eine wertschätzende Haltung der Lehrkräfte ist entscheidend für eine positive Identifikation mit demokratischen Werten. Eine Haltungsschulung erfolgt durch ständige Reflexion, so wie es beispielsweise in Mediationstrainings praktiziert wird.

Die Selbst- und Mitbestimmung ist ein Wert an sich, der allen Kindern und Jugendlichen als grundlegendes Recht zugestanden werden muss. Bei der Selbst- und Mitbestimmung muss klar definiert sein, worüber Schüler*innen mitentscheiden können und worüber nicht.

4. Gewaltprävention und Demokratielernen

Das Thema Gewalt in Schulen ist seit vielen Jahren virulent. Dazu gehört nicht nur die körperliche und verbale (durch Beleidigungen) sondern auch die psychische Gewalt wie sie sich im Mobbing zeigen kann. In den letzten Jahren sind neue Gewaltformen, wie sie sich im Internet (Cyber-Mobbing) zeigen, hinzugekommen. Damit ist schwerer umzugehen als mit dem „realen“ Mobbing. Hier greifen Gegenmaßnahmen wie der No-blame-approach eher als beim Cyber-Mobbing. Daneben haben wir es auch mit Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus zu tun. Im Bereich der Gewaltprävention gibt es eine große Reihe von präventiven Programmen (beispielsweise Mediation, Lions-Quest), die sich bei konsequenter Umsetzung bewährt haben.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass demokratische Schulen gewaltärmer sind, weil sie in ihrer Ausrichtung die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler stärker berücksichtigen und damit die Verantwortungsübernahme aller stärken.

5. Gute Praxis

Bezogen auf die Praxis gibt es einige Modelle oder Ansätze wie eine demokratische und damit gewaltärmere Schule realisiert werden kann.

An erster Stelle sei der Klassenrat genannt. Hier ist es das Ziel, eine demokratische Klassenkultur und den Respekt vor den Rechten anderer zu entwickeln, das Äußern und Hören von Gefühlen und Bedürfnissen zuzulassen, die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller praktisch zu leben sowie die Übernahme von Verantwortung einzuüben.

Ein Klassenrat ist so organisiert, dass es einstündige wöchentliche Besprechungen in der Klasse zur Bearbeitung aktueller Themen und Probleme in der Klasse gibt, wobei allerdings nicht die Besprechung von Einzelkonflikten erfolgt. Entscheidend ist, dass die Schüler*innen autonom die Organisation und Leitung des Klassenrats übernehmen.

Weiterhin ist die Aktivierung von demokratischen Organen wie den Schülervertretungen oder die Einrichtung von Kinder- oder Schulparlamenten hilfreich und im Idealfall die systematische Einbindung von Schüler*innen in Planung von Schulbauten, Renovierungen und Schulhofgestaltung.

6. Demokratische Schulentwicklung

Die Umsetzung verschiedener Programme und Maßnahmen ist ein erster Schritt, aber es kommt darauf an, dass sie langfristig angelegt sind. Demokratiepädagogische Ansätze finden zwar in Schulen verstärkt Verbreitung, aber einzelne Programme stehen teilweise isoliert neben einander und sind nicht vernetzt. Programme die einmal eingeführt worden sind verflachen nach ein paar Jahren bzw. werden nicht weiterentwickelt. Lehrkräfte, die für Programme Verantwortung übernommen haben, werden teilweise nicht ersetzt, wenn sie eine Schule verlassen. Auch beim Wechsel einer Schulleitung kann es passieren, dass erfolgreiche Programme und Projekte nicht mehr die Unterstützung erfahren, die sie benötigen. Es gibt noch viele andere Gründe, die zur Folge haben, dass eine Schule sich nicht mehr auf einem demokratiepädagogischen Weg befindet.

Um Langfristigkeit und Nachhaltigkeit zu erreichen, ist demokratische Schulentwicklung notwendig. Dabei wird Schule als System betrachtet, d.h. möglichst alle Akteure müssen in den Prozess mit eingebunden werden. Idealerweise sollten Fortbildungsangebote und Beratungen sich an Lehrkräfte und gleichermaßen an Schulleitungen und innerschulische Gruppen richten, um wirksame Veränderungsprozesse anzustoßen und zu begleiten.

Um solche Prozesse in Schulen auf den Weg zu bringen ist die Unterstützung von Schulentwicklungsberatern, die entweder in Staatlichen Schulämtern oder in Landesinstituten der Lehrerfortbildung sitzen, sehr hilfreich.

In Hessen hat das HKM-Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) seit 10 Jahren ein sehr erfolgreiches Modell eines niederschweligen Angebots der Schulentwicklung für Gewaltprävention und Demokratielernen entwickelt, an dem mittlerweile ca. 9% aller hessischen Schulen sich beteiligen. Es handelt sich um sogenannte „Prozessentwicklungsgruppen“ (PEG), in denen sich je zwei Vertreter*innen von 7 - 10 Schulen unter professioneller Anleitung zweimal im Jahr für einen Tag treffen, um ihren Schulentwicklungsprozess in Hinblick auf das Thema zu reflektieren, sich mit anderen Schulvertretungen auszutauschen, neue Impulse aufzunehmen und damit insbesondere für die Nachhaltigkeit des Themas in ihren Schulen zu sorgen. 60% der Schulen, die vor 10 Jahren oder später begonnen haben, beteiligen sich immer noch regelmäßig an den PEGs. Aber PEGs sind keine Selbstläufer. Es bedarf einer Koordinatorin, die das Funktionieren, die Neugründung von PEGs und die Qualifizierung der professionellen Anleiterinnen gewährleistet. Nähere Informationen erhält man bei GuD: www.gud.bildung.hessen.de.

Aktuell gibt es Überlegungen, wie dieses Modell auf andere Bundesländer übertragen werden kann. Näheres kann beim Autor erfragt werden.

Unterstützung bieten auch Instrumente wie der Merkmalskatalog demokratiepädagogischer Schulentwicklung. Er kann kostenlos bei der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) bezogen werden: www.degede.de.

Internetbasiertes Material zum Demokratielernen wurde in Form der „Massive Open Online Course“ (MOOC) von der Universität Hannover mit wesentlicher Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung und unter Mitarbeit der DeGeDe entwickelt. Der zentrale Inhalt ist: Citi-

zenship Education – Demokratiebildung in Schulen. Die Zielgruppe sind Lehramtsstudierende, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, Lehrkräfte in der Fortbildung, außerschulische Pädagog*innen. Nähere Informationen finden sich in: www.oncampus.de/mooc/citizenedu

7. Schlussfolgerungen und Hinweise

- Bezogen auf Demokratielernen und Gewaltprävention müssen auf der Inhaltsebene die Kinderrechte stärker hervorgehoben werden.
- Demokratielernen, Kinderrechte und global goals sollten als verbindende Elemente gedacht werden (auch beispielsweise durch die Verknüpfung mit Fridays for future).
- Gewaltpräventive Programme sollten mit demokratischer Schulentwicklung verknüpft werde; dies kann ggf. durch Kooperation mit Landesinstituten oder mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen erfolgen.
- Netzwerke sollten genutzt werden (z.B. Netzwerk Kinderrechtsschulen Rhein-Main) www.makista.de.
- Das Bündnis Bildung für eine demokratische Gesellschaft – initiiert von der DeGeDe kann ggf. Ideen liefern www.degede.de.

Literatur

- Altenburg, Marion (2019). Klassenrat in Hessen, in: Markus Gloe/Helmolt Rademacher (Hg.) (2019), 6. Jahrbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt, S. 215 ff. Frankfurt/M
- Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) (2013): Politische Grundwerte 34-36/2013, Bonn
- Berkessel, Hans/Beutel, Wolfgang (Hg.) 2015: Jahrbuch Demokratiepädagogik 3: Demokratiepädagogik und Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts.
- Dürr, Tina/Becker, Reiner (Hg.) (2019): Leerstelle Rassismus, Frankfurt/M.
- Edelstein, Wolfgang/Frank, Susanne/Sliwka, Anne (2009): Praxisbuch Demokratiepädagogik – sechs Bausteine für die Unterrichtsgestaltung und den Schulalltag (Demokratische Schulgemeinschaft, Klassenrat, Mediation und konstruktive Konfliktbearbeitung, Partizipation im schulischen Umfeld, Lernen durch Engagement, Demokratisches Sprechen), Bezug über Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

- Edelstein, Wolfgang/Krappmann, Lothar/Student, Sonja (Hrsg.) (2014): Kinderrechte in die Schule – Gleichheit, Schutz, Förderung, Partizipation, Schwalbach/Ts.
- Gloe, Markus/Rademacher, Helmolt (Hg.)(2019): Demokratische Schule als Beruf, 6. Jahrbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt.
- Himmelman, Gerhard (2007): Demokratie Lernen – als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, Schwalbach/Ts.
- Kaletsch, Christa /Rech, Stefan (2015), Heterogenität im Klassenzimmer – Methoden, Beispiele und Übungen zur Menschenrechtsbildung, Schwalbach/Ts.
- Kenner, Steve/Lange, Dirk (2018), Citizenship Education, Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung, Frankfurt.
- Rademacher, Helmolt (2016): Zur Bedeutung der Haltung in der Friedens- und Demokratiepädagogik, in: Rademacher, Helmolt/Wintersteiner, Werner (Hg.) (2016): Jahrbuch Demokratiepädagogik 4 – Friedenspädagogik und Demokratiepädagogik, S. 80 ff., Schwalbach/Ts.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

I. Der 24. Deutsche Präventionstag im Überblick

Erich Marks

Zur Eröffnung des 24. Deutschen Präventionstages 11

Erich Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
24. Deutschen Präventionstages 27

Merle Werner, Rainer Strobl

Evaluation des 24. Deutschen Präventionstages
am 20. und 21. Mai 2019 in Berlin 67

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Rami Ali, Felix Lippe

Jamal al-Khatib – Mein Weg! Partizipatives Online
Streetwork gegen gewalttätigen Fanatismus 117

Lan Böhm

Demokratiestärkung und Extremismusprävention in ländlichen
und strukturschwachen Räumen – Das Bundesprogramm
„Zusammenhalt durch Teilhabe“ 143

Jens Borchert, Diana Beyer, Maren Jütz

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug.
Spezifika, Themen und Definitionen – Ein Zwischenbericht 147

Niels Gatzke

Ein Präventionsrat zur Aktivierung der Zivilgesellschaft 167

Joschka Gatzlaff

Radikalisierungsprozesse in Haft – Das „System fit machen“ 171

Thomas Gill

Demokratieförderung, politische Bildung und Prävention im
Kontext von Flucht 175

<i>Nadine Jukschat, Maruta Herding, Maria Jakob</i> Demokratieförderung im Strafvollzug. Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“	187
<i>Kari-Maria Karliczek, Jasmin Rocha</i> Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	207
<i>Christoph Kopke, Philipp Kuschewski</i> Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“	229
<i>Tobias Lehmeier, Laura Liebscher</i> Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit aus der extremen Rechten	245
<i>Svenja Pasternack</i> „Grenzerfahrungen“. Ein Modellprojekt zur Stärkung der Demokratiefähigkeit und Rechtsextremismusprävention bei jungen Menschen	253
<i>Helmolt Rademacher</i> Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule	261
<i>Larissa Sander</i> RADIKAL ICH – Prävention durch Identitätsstärkung	269
<i>Kerstin Sischka</i> Professionell arbeiten unter extrem(istisch)en Bedingungen?!	277
<i>Ann-Sofie Susen</i> Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen: Der Ansatz „Community Communication“	289
<i>Yvette Völschow, Marlene Gadzala</i> Toleranz und Sicherheitsempfinden in einer strukturschwächeren Kleinstadt	299
<i>Stephan Voß</i> Der Neuköllner Aufruf der Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)	315

Harald Weilnböck

Intensivpädagogische politische Bildung –
Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen
und kleinstädtischen Raum

319

III. Autor*innen

369